



HAUPTVERSAMMLUNG 2018



10 JUNI
ABSTIMMUNG
EINMAL EINLAGE
IN DIE ST GALLER
PENSIONSKASSE



Kantonaler Mittelschullehrerinnen-
und Mittelschullehrer-Verband St.Gallen

EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG 2018 AM DONNERSTAG, 13. SEPTEMBER 2018 AN DER KANTONSSCHULE AM BURGGRABEN, ST.GALLEN AULA ALTBAU

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Gerne möchte ich Sie zur diesjährigen Hauptversammlung des KMV einladen.
Wie letztes Jahr treffen wir uns in der Aula im Altbau der Kanti am Burggraben.

Mit freundlichen Grüssen



PROGRAMM	Ab 18.15 Uhr	Apéro riche	<i>Anmeldung unter www.kmv.ch bis zum 30. August 2018.</i>
	19.00 Uhr	Beginn Hauptversammlung	
	ca. 20.00 Uhr	Dessert und Kaffee	

TRAKTANDEN DER HAUPTVERSAMMLUNG 2018

1. Begrüssung
2. Wahl Stimmzähler und Protokoll der Hauptversammlung vom 7. September 2017*
3. Jahresbericht der Präsidentin
4. Jahresrechnung Vereinsjahr 2017/18*
5. Bericht und Anträge der Rechnungsrevisoren*
6. Budget Verbandsjahr 2018/19*
7. Festsetzung der Mitgliederbeiträge
8. Wahlen des Gesamtvorstandes und der Revisoren
9. Varia

JAHRESBERICHT

MEIN ERSTES JAHR

Es ist kaum zu glauben, schon ist das erste Jahr meiner Präsidentschaft vorbei. Ich bin gut angekommen in meinem neuen Amt und es macht mir Freude, das Schiff KMV zu steuern. Vieles ist zwar noch neu, aber einiges läuft schon fast wie von selbst. Einen grossen Anteil an diesem Erfolg gehört meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre es nicht so rund gelaufen. Speziell bedanken möchte ich mich beim Geschäftsführer Reinhard Gross und dem Vizepräsidenten Andreas Egli, die immer zeitnah auf meine Entwürfe reagiert, konstruktive Verbesserungen vorgeschlagen und kleine Fehler korrigiert haben. So macht Arbeiten Spass. Im Laufe dieses Jahres konnte ich alle Konvente besuchen und mich und den KMV vorstellen. Für diese Möglichkeit möchte ich mich bei allen Rektoren herzlich bedanken.

EINMALEINLAGE PENSIONSASSE

Die St. Galler Pensionskasse erhält 128 Mio. Dennoch müssen die Aktivversicherten einen Beitrag von 75 Mio selbst tragen.

Das wichtigste Geschäft in diesem Vereinsjahr war die Abstimmung über die Einmaleinlage in die Pensionskasse. Wir sind sehr froh, dass der Betrag von 128 Millionen für unsere Pensionskasse beim Volk eine Mehrheit fand und die Ausgliederung der Pensionskasse nun definitiv abgeschlossen ist.

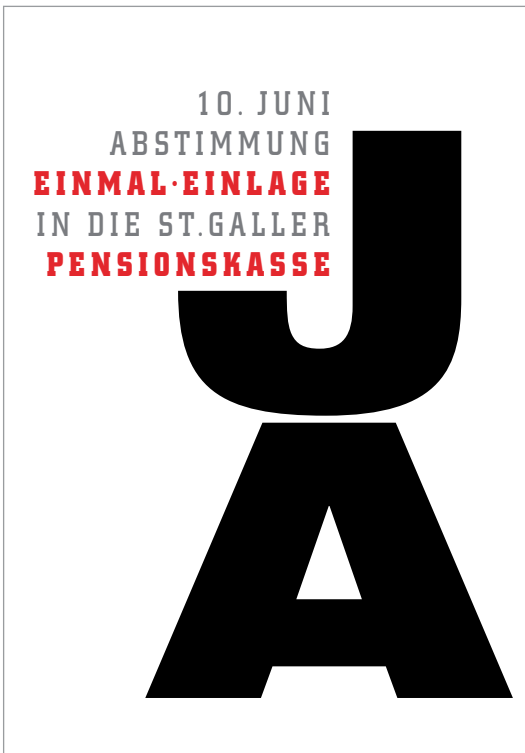
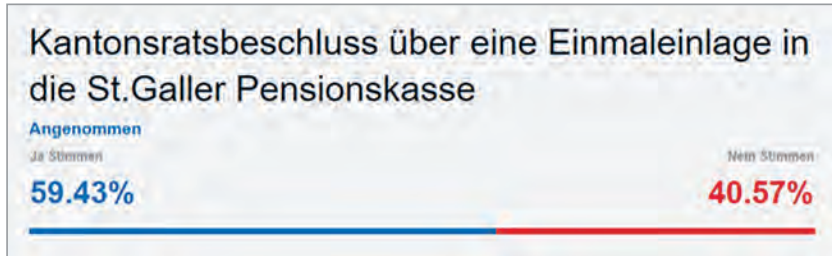
Noch ein kurzer Blick zurück auf die Geschichte. 2014 wurde die St. Galler Pensionskasse verselbständigt und aus der Staatsgarantie entlassen. Der bei der Ausgliederung geltende technische Zinssatz von 3,5% erwies sich als viel zu hoch und musste 2016 auf 3,0% reduziert werden. Die Regierung hat für diesen Fall bereits bei der Ausgliederung versprochen, dass der Kanton die Kosten übernehmen werde.

Folgerichtig hat dann die Regierung dem Kantonsrat noch 2016 eine Vorlage unterbreitet, mit der diese Altlast (rund 202 Mio.) beglichen werden sollte. Die Finanzkommission des Kantonsrates wollte davon nichts wissen und ist auf die Vorlage gar nicht erst eingetreten. Damit wäre dieses Geschäft vom Tisch gewesen.

Das Staatspersonal wehrte sich. Am 20. April 2017 gingen rund fünftausend LehrerInnen, PolizistInnen, Gesundheitsfachpersonen, RichterInnen, StaatsanwältInnen, Verwaltungspersonal, etc. auf die Strasse und demonstrierten gegen diesen Entscheid der Finanzkommission. Hinter den Kulissen wurden viele Gespräche geführt und ein Kompromiss gesucht. Statt der 202 Millionen Franken hat sich dann der Kantonsrat zur Einmaleinlage von 128 Millionen Franken durchgerungen.



Dieses beispielhafte Lehrstück von Lobby-Arbeit der Personalverbände und der linken Parteien hat sich gelohnt. In der Volksabstimmung im Juni 2018 wurden die 128 Millionen vom Volk mit fast 60% gutgeheissen. Auch der KMV hat, zusammen mit den anderen Personalverbänden, aktiv im Abstimmungskampf für ein Ja geworben.



Das Staatspersonal, zu dem auch wir gehören, kann aufatmen. Wir Aktivversicherten müssen zwar einen Beitrag von 74 Millionen an diese Altlast selbst beitragen, aber immerhin erhält unsere Pensionskasse 128 Millionen Franken.

VERNEHMLASSUNGEN

Auch dieses Jahr konnten wir zu verschiedenen Vernehmlassungen Stellung nehmen. Wie bereits letztes Jahr ging es vor allem um Informatik und FMSplus. Neu dazu kam «Stärkung des Fachs Französisch».

Zu verschiedenen Vernehmlassungen wurde Stellung genommen. Hierbei ging es vor allem um Informatik und FMSplus.

Informatikoffensive

Wir haben die Informatikoffensive begrüsst. Kritisch haben wir geäussert, dass es mit einer einmaligen Anstrengung und Ausgabe von 75 Millionen nicht getan ist. Auch in Zukunft wird es mehr Geld brauchen, wenn zusätzliche Fächer wie Informatik unterrichtet werden sollen. Auch muss vermehrt der Weiterbildung und der Nachqualifikation von Lehrpersonen Rechnung getragen werden. Der Vorschlag für die Mittelschule, das «konsequente digitale Prüfen» einzuführen, ist nur ein kleiner Mosaikstein im Gefäss des digitalen Unterrichts. Es gibt durchaus auch auf der Mittelschule didaktische Fragen zum digitalen Unterricht, die noch geklärt werden müssen. Es stellt sich zudem die Frage, ob Unterricht mit digitalen Mitteln in jedem Fall besser ist als herkömmlicher Unterricht. Dieses Spannungsfeld müsste aus unserer Sicht ebenfalls geklärt werden. Wo ist der Einsatz von digitalen Mitteln angezeigt, wo eher nicht?

Regierungsrat Kölliker versprach, dass die Einführung von Informatik nicht zu Lasten anderer Fächer geschehen wird. Trotzdem haben einige Kantonsschulen in anderen Fächern Lektionen eingespart. Auf eine Interpellation diesbezüglich bestätigt die Regierung, dass es keine Kompensation bei anderen Fächern geben soll.

Lehrplan Informatik

Der neue Lehrplan scheint uns sorgfältig und umfassend zusammengestellt und für die ersten paar Jahre des Informatikunterrichtes an den kantonalen Gymnasien eine gute Arbeitsgrundlage. Wir begrüssen ein Monitoring, das in ein paar Jahren eine Auswertung erstellt und daraus resultierende Anpassungen im Lehrplan und allenfalls auch in der Stundentafel vornimmt.

FMSplus-Abschlussprüfung

Wir haben das neue FMS-Abschlussprüfungsreglement im Grundsatz begrüsst. Die wichtigsten von uns vorgeschlagenen Änderungen betreffen Mathematik und Sport/Rhythmik. Mathematik soll nur schriftlich geprüft werden und Sport/Rhythmik soll in allen drei Jahren Promotionsfach sein.



Stärkung des Fachs Französisch

Die Massnahmen zur Stärkung des Fachs Französisch haben wir begrüsst, wollen aber sichergestellt haben, dass es zu keinem Abbau in andern Fächern kommt und dass die Schule die verschiedenen Massnahmen autonom durchführen können. Auch die Anstellung von Sprachassistenten darf nicht zu einem Ersatz von Lehrpersonen führen.

Einführung Informatik an Gymnasien - mit kleinen Nebengeräuschen

Das Fach Informatik wird im Sommer 2018 an den Gymnasien eingeführt. Bei den Vernehmlassungen zur Einführung von Informatik wurde uns von Regierungsrat Kölliker mehrfach versprochen, dass diese Lektionen nicht zulasten eines anderen Fachs eingeführt werden. Trotzdem haben einzelne Kantonsschulen in anderen Fächern, z.B. Sport oder Mathematik-Bilingual, einzelne Lektionen eingespart. Karl Bürki hat im Kantonsrat eine Interpellation mit Fragen dazu eingereicht. Die Antwort der Regierung ist ganz klar: Es gibt keine Kompensation bei anderen Fächern für die Einführung von Informatik - dies haben wir nun schriftlich.

NELO (neues Lohnsystem)

Gleich vorweg, Nelo gilt nicht für uns Lehrpersonen. Wir werden nach wie vor gemäss der Besoldungstabelle für Mittelschullehrpersonen entlohnt. Das heisst auch, dass wir nach wie vor den regulären Stufenanstieg erhalten, selbstverständlich nur bei guten Leistungen. Für diejenigen, die noch nicht das Maximum der Besoldungsklasse erreicht haben, gab es auch Anfang 2018 etwas mehr Lohn.

Die Lehrpersonen sind von Nelo (Neues Lohnsystem) ausgenommen. Ab 2021 soll aber eine allfällige Systemanpassung geprüft werden. Der KMV wird sich für eine möglichst gute Nachfolgelösung einsetzen.

Ganz anders sieht es für das übrige Staatspersonals aus. Alle Staatsangestellten wurden in sogenannte Referenzfunktionen eingeteilt, die einem Lohnband entsprechen. Innerhalb dieses Lohnbandes, das mehreren Lohnstufen des alten Systems umfasst, gibt es bei sehr guten Leistungen eine individuelle Lohnerhöhung. Den automatischen Stufenanstieg nach altem Reglement gibt es nicht mehr. Die Summe, die für den individuellen Lohnanstieg zur Verfügung steht, wird vom Kantonsrat beschlossen. 2018 gilt als Einstufungsjahr. Die Staatsangestellten werden gemäss ihrer Funktion neu eingeteilt. Es soll vorerst keine Schlechterstellung beim Lohn geben. Ab 2019 gibt es dann nur noch individuelle Lohnerhöhungen, sofern genügend Geld zur Verfügung steht.



Im April 2018 hat die SVP-Fraktion des Kantonsrates eine Interpellation eingereicht, in der sie wissen möchte, warum das Lehrpersonal der kantonalen Bildungsinstitutionen trotz NeLo weiterhin den automatischen Stufenanstieg erhält.

Die Antwort der Regierung betont, dass der Lohn des kantonalen Lehrpersonals (Berufsschule, Mittelschule, pädagogische Hochschule, Universität) in eigenständigen Gesetzen und Verordnungen geregelt ist. Deshalb ist diese Personengruppe von NeLo nicht betroffen. Dies widerspricht auch nicht dem Gleichheitsgebot, denn bei Lehrpersonen ist es ungleich schwieriger, eine Leistungsbeurteilung vorzunehmen wie beim Verwaltungspersonal. Auch sind die Karrieremöglichkeiten einer Lehrperson nicht zu vergleichen mit den Aufstiegschancen in der Verwaltung. Die Regierung betont aber auch, dass sie im Rahmen eines neuen Projekts eine allfällige Systemanpassung auch für Lehrpersonen der Sekundarstufe II prüfen wird. Dies wird ab 2021 der Fall sein.

Wir sind also noch mit einem blauen Auge davongekommen. Vorderhand gilt noch der automatische Stufenanstieg. Der KMV wird sich für eine möglichst gute Nachfolgelösung einsetzen.

Die Personalverbände haben für 2018 eine Lohnerhöhung von 2% gefordert, welche von der Regierung abgelehnt wurde. Für 2019 sind weitere Sparmassnahmen angekündigt. Die Personalverbände überlegen sich Reaktionen, wenn eine weitere Nullrunde kommen sollte.

Lohnerhöhungen

Die Personalverbände haben für 2018 eine Lohnerhöhung von 2% gefordert, 1% als generelle Lohnerhöhung und 1% als individuelle Lohnerhöhung. Die Regierung hat unsere Forderung nicht einmal budgetiert, sondern sich streng an die Vorgaben des Kantonsrates gehalten, wonach die Lohnsumme insgesamt nur um 0,8% ansteigen darf. Darin sind aber auch alle neuen Stellen enthalten, die dringend geschaffen werden müssen, wie z.B. bei der Polizei. Da es mit NELO überhaupt keine generellen Lohnerhöhungen mehr geben kann, bleiben für die individuellen Lohnerhöhungen bei sehr guten Leistungen weniger als 0,8% der Lohnsumme übrig.

Regierungsrat Beni Würth hat für 2019 bereits weitere Sparmassnahmen angekündigt, um die Unternehmenssteuerreform zu finanzieren und evtl. auch die Steuern zu senken. Die Personalverbände werden sich überlegen, wie sie auf eine weitere Null-Runde reagieren wollen. Das Staatspersonal kann sich in Zukunft nicht einfach alles gefallen lassen. Es braucht dessen erbitterten Widerstand gegen noch mehr Kürzungen beim Personal.

Asymmetrische Pensen

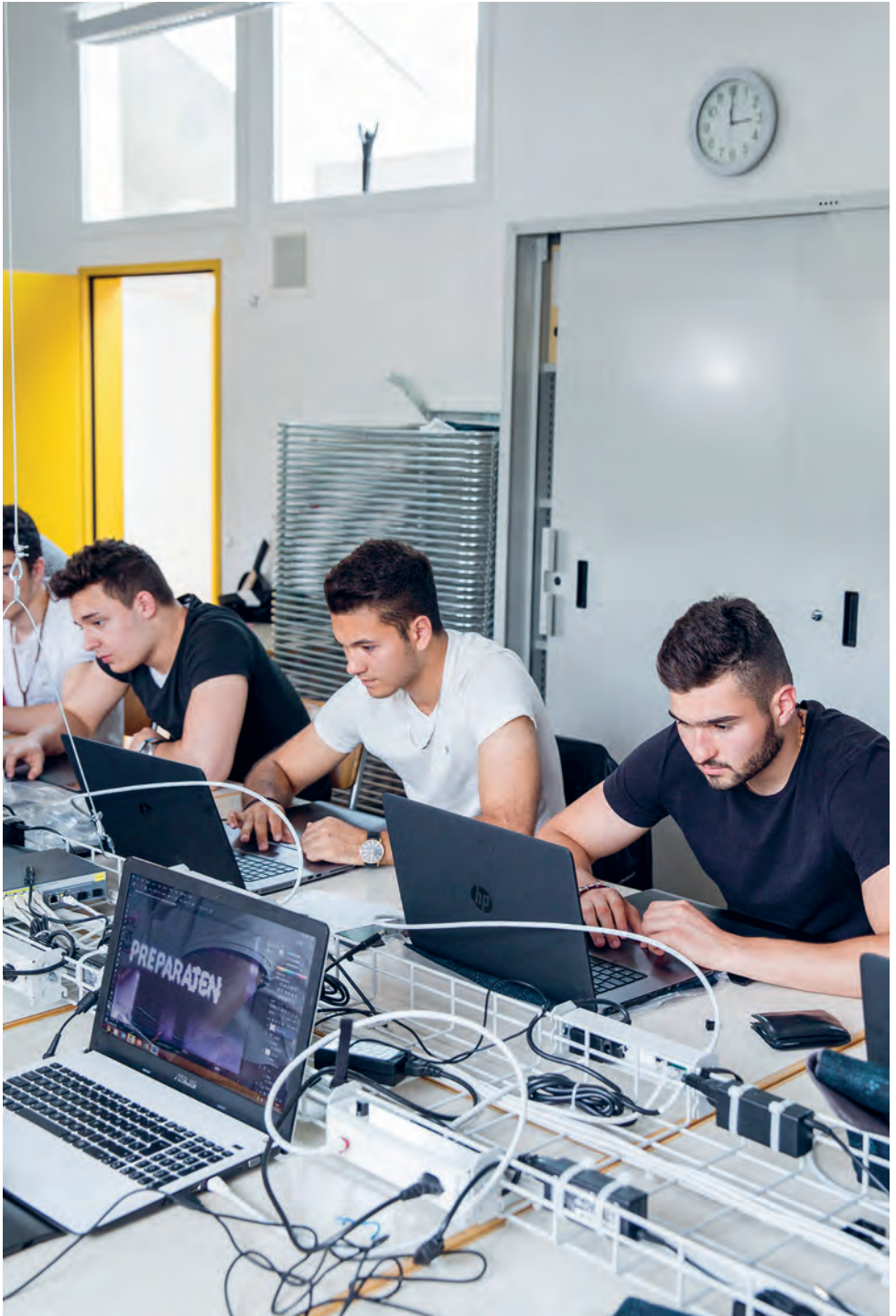
Cordula Nicollier, Vorstandsmitglied beim KMV, hat letztes Schuljahr eine Umfrage unter den Lehrpersonen der Kanti am Brühl und der Kanti Sargans durchgeführt. Der KMV wollte herausfinden, ob das Thema «asymmetrische Pensen» unsere Lehrpersonen belastet und wenn ja, wie stark. Es haben rund ein Drittel der Lehrpersonen an dieser Umfrage teilgenommen. Obwohl stark schwankende Pensen zwischen dem Herbst- und Frühlingsemester (z.T. mehr als 40%) klar gegen das Arbeitsrecht verstossen, zeichnet sich im Moment keine Lösung ab. An der Kantonsschule am Brühl, die am stärksten von den «asymmetrischen Pensen» betroffen ist, sind alle Vorschläge des KMV zur Verbesserung der Situation aus verschiedenen Gründen als «nicht durchführbar» bewertet worden. Wir werden die Situation weiterverfolgen und hoffen immer noch auf eine verträgliche Lösung.

An manchen Schulen gibt es bei den Semestern so stark asymmetrische Pensen, dass dies gegen das Arbeitsrecht verstösst. Der KMV machte Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation.

Ausblick: Gymnasium der Zukunft

Das Projekt «Gymnasium der Zukunft» steht erst am Anfang und wird uns in den nächsten Jahren sicher beschäftigen. Ziel ist es, das Gymnasium auf Veränderungen vorzubereiten, die durch die Digitalisierung, den neuen Lehrplan auf der Volksschule und neue Lern- und Lehrformen entstehen. Zuerst soll es eine Auslegeordnung geben, um festzustellen, was geändert werden muss und was nicht. In den drei Arbeitsgruppen sind drei Vertreter der Personalverbände dabei. In die Gruppe «Lern- und Lehrformen» nimmt Reinhard Gross (KMV) Einsitz, in «Rahmenbedingungen Unterricht» Fortunat Ferrari (VPOD) und in «Schnittstellen» Andreas Egli (KMV). Erst ganz am Schluss des Projektes sollen auch die Stundentafeln angepasst werden. Geleitet wird das Projekt vom Amt für Mittelschulen und begleitet wird das Ganze durch ein «sounding board», welches die Sicht von aussen wahrnehmen soll. Dort sollen ebenfalls Diskussionen geführt, Wünsche angebracht und blinde Flecken aufgedeckt werden.

Die Personalverbände VPOD und KMV sind in den Arbeitsgruppen des Projektes «Gymnasium der Zukunft» vertreten.



KMV MUSS STARK BLEIBEN

Schliessen möchte ich mit etwas Erfreulichem. Auch dieses Jahr hatten wir wieder viele Neueintritte. Es ist wichtig, dass wir uns engagieren, damit unsere Probleme in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Jedes Neumitglied macht den KMV ein bisschen stärker. Es ist für den KMV wichtig, dass die Mittelschullehrpersonen hinter dem KMV stehen und dass er im Lehrerkollegium gut verankert ist. Ich möchte euch allen danken, dass ihr beim KMV dabei seid und durch eure Beiträge unsere Arbeit erst ermöglicht.

Dem Verband ist wichtig, dass er im Lehrerkollegium gut verankert ist, denn der KMV muss stark bleiben.

Herzliche Grüsse

Susanne Schmid, Präsidentin KMV

S. Schmid



DER VORSTAND



ANDREAS EGLI
Vizepräsident,
Delegierter KSW



CORDULA NICOLLIER
Aktuarin
Delegierte KSB



ERICH JAHN
Delegierter KSS



ERIKA BURGAUER
Delegierte KSS



MATTEO CERUTTI
Delegierter KSH



PEDRO OLIVERAS
Ombudsstelle
Delegierter KSW



PETER LITSCHER
Delegierter KSBG



REINHARD GROSS
Geschäftsführer
Delegierter KSBG



SUSANNE SCHMID
Präsidentin



THOMAS HOFSTETTER
Delegierter KSWil



THOMAS HÜPPI
Delegierter KSWil



URSINA LEUENBERGER
Delegierte KSBG